

Protokoll

Stadtrat von Thun

Sitzung 07/2024 vom 22. August 2024, 17.15 Uhr, Rathaus, Thun

Anwesend

Stadtrat	Vorsitz: Stadtratspräsident Philipp Deriaz Peter Aegerter, Martin Allemann, Natalie Althaus (bis und mit Traktandum 9, 19.00 Uhr), Sandro Badertscher, Simon Badertscher, Jonas Baumann-Fuchs, Mathias Berger, Thomas Bieri, Valentin Borter, Adrian Christen, Anja Dolder, Franziska Eggenberg, Nicolas Glauser, Sonja Graf, Roman Gugger, Thomas Hiltbold, Manon Jaccard, Alice Kropf, Thomas Lanz, Christoph Lauener, Barbara Lehmann Rickli, Michelle Marbach, Michael McGarty, Vanessa Meier, Lara Müller, Marianna Oesch Bartlome, Alexandre Reymondin, Claude Schlapbach, Leonardo Schlatter, Malenka Schmutz, Franz Schori, Nina Siegenthaler, Alois Studerus, Markus van Wijk, Cloe Weber, Matthias Zellweger, Angelika Zimmermann
Gemeinderat	Stadtpräsident Raphael Lanz, Gemeinderätinnen Katharina Ali-Oesch (bis 20.00 Uhr), Andrea de Meuron und Eveline Salzmann, Gemeinderat Reto Schertenleib
Ferner	Stadtschreiber Bruno Huwyler Müller
Sekretariat	Stadtratssekretär Christoph Stalder Protokollantin Tanja Aebersold
Entschuldigt	Stadträte Marc Fritschi und Manfred Locher
Schluss der Sitzung	20.20 Uhr

Der Stadtratspräsident begrüsst zur Stadtratssitzung. Ein Zehntel der Mitglieder ist neu im Stadtrat. Diese begrüsst er herzlich. Es sind Lara Müller, Michael McGarty, Anja Dolder und Malenka Schmutz. Das Traktandum 14 «Interpellation I 03/2024 betreffend zunehmende Doppelbesteuerung auf Liegenschaften» wird auf die nächste Sitzung verschoben, da der Urheber des Vorstosses heute nicht anwesend ist.

Der Rat genehmigt die Traktandenliste stillschweigend.

81. Protokoll

Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 13. Juni 2024

Stadtratsbeschluss

Der Rat genehmigt das Protokoll stillschweigend.

82. Protokoll

Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 4. Juli 2024

Stadtratsbeschluss

Der Rat genehmigt das Protokoll stillschweigend.

83. Sachkommission Präsidiales und Stadtentwicklung

Ersatzwahl für den zurückgetretenen Thomas Rosenberg (Grüne) und Wahl neues Präsidium für das Jahr 2024

Der Rat genehmigt stillschweigend folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 37 Buchstabe b Stadtverfassung und Artikel 21 Geschäftsreglement des Stadtrats, beschliesst:

1. In die Sachkommission Präsidiales und Stadtentwicklung wird als Mitglied anstelle von Thomas Rosenberg (Grüne) per sofort gewählt: Anja Dolder (Grüne).
2. Als neuer Präsident 2024 der Sachkommission Präsidiales und Stadtentwicklung wird per sofort gewählt: Thomas Hiltbold (Grüne).

84. Sachkommission Bildung Sport Kultur

Ersatzwahl für den zurückgetretenen Reto Kestenholz (Grüne)

Der Rat genehmigt stillschweigend folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 37 Buchstabe b Stadtverfassung beschliesst:

In die Sachkommission Bildung Sport Kultur wird als Mitglied anstelle von Reto Kestenholz (Grüne) per sofort gewählt: Malenka Schmutz (Grüne).

85. Sachkommission Sicherheit und Soziales

Ersatzwahl für die zurückgetretene Daniela Huber Notter (Die Mitte) und Wahl neues Präsidium für das Jahr 2024

Der Rat genehmigt stillschweigend folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 37 Buchstabe b Stadtverfassung und Artikel 21 Geschäftsreglement des Stadtrats, beschliesst:

1. In die Sachkommission Sicherheit und Soziales wird als Mitglied anstelle von Daniela Huber Notter (Die Mitte) per sofort gewählt: Lara Müller (Die Mitte).
2. Als neue Präsidentin 2024 der Sachkommission Sicherheit und Soziales wird per sofort gewählt: Marianna Oesch Bartlome (SP).
3. Als neuer Vizepräsident 2024 der Sachkommission Sicherheit und Soziales wird per sofort gewählt: Simon Badertscher (EVP).

86. Sachkommission Finanzen Ressourcen Umwelt

Ersatzwahl für die zurückgetretene Nicole Krenger (GLP) und Wahl neues Vizepräsidium für das Jahr 2024

Der Rat genehmigt stillschweigend folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 37 Buchstabe b Stadtverfassung und Artikel 21 Geschäftsreglement des Stadtrats, beschliesst:

1. In die Sachkommission Finanzen Ressourcen Umwelt wird als Mitglied anstelle von Nicole Krenger (GLP) per sofort gewählt: Michael McGarty (GLP).
2. Als neuer Vizepräsident 2024 der Sachkommission Finanzen Ressourcen Umwelt wird per sofort gewählt: Franz Schori (SP).

87. Parlamentarische Initiative betreffend Stärkung der Thuner Volksschule und der Schulkommission (PI 01/2024). Einsetzung einer Spezialkommission

Wahl der Kommissionsmitglieder und des Kommissionspräsidiums

Jonas Baumann, **SAKO P+StE**, teilt mit, dass das Traktandum in der SAKO thematisiert worden ist, weil es ein Verwaltungsthema ist. Stadtrat Peter Aegerter findet es offenbar zielführend, wenn keine Mitglieder der SAKO BiSK und der Schulkommission in der Spezialkommission Einsitz nehmen. Seinem Dafürhalten nach sind die Emotionen so gross, dass es, um Konflikte zu umschiffen, zielführend wäre, wenn auch nur nicht ehemalige Mitglieder der Schulkommission in der Spezialkommission Einsitz hätten. So könnte ein anderer Blick auf die Themen stattfinden, ohne eine Vorahnung oder eine genaue Idee zu haben, wie das Resultat herauszukommen hat. In der SAKO gab es eine mehrheitliche Zustimmung zu diesem Ansatz. Die Fraktion FDP/Die Mitte hat Mark van Wijk zur Wahl vorgeschlagen. Dies ist ihr gutes Recht. Solche Absprachen in SAKOs sind nicht verbindlich. Es gibt verschiedene solche stillen Abmachungen. Es dient der Ratskultur, wenn dies weiterhin so gemacht werden kann. Man sollte Farbe bekennen und sagen, dass man nicht einverstanden ist. Das Ganze hat einen faden Beigeschmack. Er hofft, dass man künftig auf solche Abmachungen zählen kann.

Peter Aegerter, **SVP-Fraktion**, merkt an, dass das Präsidium das Jahr 2024 betrifft. Kann man davon ausgehen, dass wenn die Lebenszeit der Kommission über den 1. Januar 2025 hinausgeht, dass man das Präsidium und Vizepräsidium nicht neu wählen muss?

Der Stadtratssekretär erörtert, dass man es gemäss vorliegendem Antrag des Büros so machen würde, damit die Spezialkommission von den gleichen Fraktionen wie die Sachkommission BiSK präsiert werden könne. Dies bedeutet, dass wenn im Januar die Kommissionspräsidien/-vizepräsidien neu gewählt werden, ein entsprechender formeller Antrag gestellt werden würde. Jedes Stadratsmitglied kann aber den Antrag stellen, dass die Zahl 2024 im Stadtratsbeschluss gestrichen wird. Dadurch würde das Präsidium und das Vizepräsidium für die ganze Bestehensdauer der Kommission gewählt.

Martin Allemann (SP) findet es nicht sinnvoll, wenn man das Präsidium Ende Jahr wechselt. Er beantragt, dass im vorliegenden Antrag der Hinweis auf die Wahl für das Jahr 2024 gestrichen wird. Die Leute sollen gewählt werden, bis sie Resultate liefern können.

Der Rat genehmigt den Antrag von Martin Allemann mit 37 : 0 Stimmen bei einer Enthaltung.

Der Rat genehmigt stillschweigend folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 35 Stadtverfassung und Artikel 21 Geschäftsreglement des Stadtrates, beschliesst:

1. Für die Behandlung der parlamentarische Initiative PI 01/2024 betreffend Stärkung der Thuner Volksschule und der Schulkommission wird eine Spezialkommission mit acht Mitgliedern eingesetzt.
2. In die Spezialkommission werden per sofort gewählt:
 - Präsidium: Franziska Eggenberg (Fraktion GLP/EVP/EDU)
 - Vizepräsidium: Valentin Borter (SVP-Fraktion)
 - Natalie Althaus (Fraktion Grüne)
 - Malenka Schmutz (Fraktion Grüne)

- Leo Schlatter (SVP-Fraktion)
- Manon Jaccard (SP-Fraktion)
- Marianna Oesch Bartlome (SP-Fraktion)
- Mark van Wijk (Fraktion FDP/Die Mitte)

3. Das Sekretariat der Kommission wird durch die Stadtkanzlei geführt.

88. Sitzungskalender 2025

Genehmigung

Peter Aegerter (SVP), beantragt, am Freitag, 13. Juni 2025 und am Freitag, 21. November 2025 je eine Reservesitzung einzuplanen.

Stadtratsbeschluss

Der Rat genehmigt den Sitzungskalender (mit der beantragten Änderung) mit 37 : 0 Stimmen bei einer Enthaltung.

89. Gesamtsanierung Kunsteisbahn Grabengut. Nachkredit zum Ausführungskredit

Bewilligung eines Nachkredits in der Höhe von 2'064'650 Franken zum Verpflichtungskredit vom 13. Februar 2022 für die Gesamtsanierung Kunsteisbahn Grabengut

Bericht des Gemeinderates Nr. 23/2024

Gemeinderat Reto Schertenleib erörtert, dass wenn wir uns in einer idealen Welt befinden würden, wir nun im Schlussspurt der zweiten Bauetappe wären und im November die Eishalle in Betrieb nehmen könnten. In einer idealen Welt gäbe es keine Pandemie und keinen Krieg in Europa. Dies führte zu Mehrkosten und Lieferengpässen bei den Materialien. Gefolgt ist eine Inflation, welche die Preise in die Höhe getrieben hat. In einer idealen Welt hätten wir einen Kostenplaner gehabt, der dies alles vorausgesehen und nicht selbst auch noch Fehler gemacht hätte. Die Welt ist aber nicht ideal. Deshalb sind wir heute mit diesem Nachkredit konfrontiert. Vielleicht hätte etwas anders gemacht werden können. Der Verwaltung ist aber nicht viel vorzuwerfen. Aus dem, was in unserem Einflussbereich gelegen ist, werden Lehren gezogen. Heute erkennen wir, dass eine Reserve von 5 % bei einem solchen Projekt zu knapp bemessen ist. Dies wird künftig geändert. Zudem wird künftig bei grossen Projekten eine Zweitexpertise eingeholt, welche den vorgelegten Kostenvoranschlag plausibilisiert. Es lag nicht alles in unserem Einflussbereich. Zum Zeitpunkt der Volksabstimmung war nicht erkennbar, dass an diesem Kostenvoranschlag irgendetwas nicht gut sein soll. Ansonsten wären wir damit nicht vors Volk. Die Mängel haben sich dann gezeigt, als die Offerten eingegangen sind. Danach hat man gehandelt. Nachdem uns das Planungsteam die Kosten nicht zufriedenstellend begründen konnte, wurde ein Projektstopp eingeleitet und es wurde eine Prüfung durchgeführt. Erschwerend kamen im Kostenplanungsteam Schwierigkeiten hinzu. Im Projektverlauf wurde das Unternehmen durch ein anderes Unternehmen aufgekauft und in der Folge haben die Schlüsselpersonen des vorliegenden Bauprojekts gekündigt. Die Orientierung innerhalb des Generalplanungsteams hat sich in die Länge gezogen. Dies konnte nicht aktiv beschleunigt werden. Dies, obwohl wir stetig und penetrant gepusht und eine schnelle Lösung gefordert haben. Was unter allen Umständen vermieden werden wollte, war die Auflösung des Generalplanungsvertrages. Man hätte in diesem Fall nicht nur Zeit verloren, sondern wir hätten sämtliche Honorare neu aushandeln müssen. Kostenmässig wäre man diesfalls heute an einem ganz anderen Punkt. Nun haben wir zwei Jahre Verzögerung. Das ursprüngliche Kostenplanungsteam ist aus dem Vertrag ausgeschieden und durch ein anderes ersetzt worden. Die

Kosten basieren auf den Offerten der zweiten Ausschreibung. Ihm ist bewusst, dass es nicht viele Optionen gibt. Man kann nur ja oder nein sagen. Kürzen kann man das Projekt nicht mehr. Das Projekt ist aus einem qualitätssichernden Verfahren hervorgegangen und wurde vom Volk abgesegnet. Wenn der Stadtrat den Nachkredit ablehnt, ist auch das Ja des Gemeinderates hinfällig. Für 20 Mio. Franken bauen wir die Anlage aber nicht. Es gibt keinen Plan B. Mit einem Nein zum Nachkredit würde den Eissportvereinen die Perspektive genommen werden. Der grösste Teil der heutigen Infrastruktur müsste zurückgebaut werden. Wer heute zu einem Projekt, das sich nach Jahren der Planung kurz vor Abschluss befindet, Nein sagt, ist nicht nur bereit, die Existenz der Eissportvereine zu gefährden, sondern vernichtet noch 6,5 Mio. Franken an Steuergeldern. Seit dem Entscheid für den Standort Grabengut vor 13 Jahren sind 10 Mio. Franken in das Projekt geflossen. Davon sind 3,5 Mio. Franken für die Eiserzeugungsmaschine und Osmoseanlage eingesetzt worden. Diese können auch für den einfachen Eislaufbetrieb genutzt werden. Der Rest des Geldes ist in den Wettbewerb, die Planung und Projektierung und bereits zu einem Teil in die Ausführungen geflossen. Hinzu kommen allein im Amt für Stadtliegenschaften etwa 4'500 Arbeitsstunden. Wer Nein zu diesem Nachkredit sagt, sagt Ja zum Stillstand über Jahre. Er appelliert an die Verantwortung und bittet, dass dieses Kapitel nun beendet werden kann. Danach kann ein neues Kapitel begonnen werden. Mit dieser Sanierung wird nichts verbaut und man kann über die nächsten 20-30 Jahren das weitere Vorgehen planen. Der Gemeinderat ist dazu gewillt und unterstützt ein entsprechendes Postulat für ein Sportzentrum mit Hallenbad und Eissportanlage bis 2050.

Adrian Christen, **SAKO B+L**, teilt mit, dass die Mehrkosten 8'705'000 Franken betragen. Davon muss der Stadtrat über etwas über 2 Mio. Franken entscheiden. Dies führt zu Gesamtkosten dieser Sanierung von 28,5 Mio. Franken. Richtig ist, dass die zuständige Projektdelegation unter dem Vorsteher B+L anfangs 2023 einen sofortigen Projektstopp eingeleitet hat. Man hat sich die Zeit genommen für die Überprüfung, ob die Mehrkosten von 32 % tatsächlich stimmen. Die Verzögerung führte dazu, dass mit der Teuerung und den Mehrwertsteuern ein Drittel dieser Mehrkosten entstanden sind. Selbstkritisch wurde festgestellt, dass die 5 % Reserven für ein solches Projekt zu wenig sind. 10 % wären vernünftig gewesen. Dies hat zu weiteren fast 20 % der Mehrkosten beigetragen. Verheerend sind die nicht professionellen, zu optimistischen Kostenannahmen der Planer. Dies führte zu fast 30 % der Mehrkosten. Würde der Stadtrat die Mehrkosten ablehnen, würde die Anlage schrittweise zurückgebaut und zu einer reinen Freizeitanlage werden. Auch die energetische Situation des Grabenguts wäre nicht erfreulich. Positiv zu erwähnen ist, dass das Amt für Stadtliegenschaften bereits Massnahmen getroffen hat, um in Zukunft solche Mehrkosten zu verhindern. Künftig wird bei so komplizierten Projekten eine Kostenplausibilisierung durch einen dritten Kostenplaner durchgeführt. Die SAKO hat den Nachkredit von rund 2 Mio. Franken einstimmig bei vier Enthaltungen angenommen.

Adrian Christen, **SP-Fraktion**, findet die Mehrkosten sehr hoch. Es ist unklar, was die Stimmbürger zu einem Projekt mit Kosten von 28,5 Mio. Franken gesagt hätten. Es handelt sich um sehr viel Geld, gerade wenn man bedenkt, dass der Stadtrat manchmal um einige 10'000 Franken streitet. Die Alternativen zu einer Sanierung sind sehr beschränkt. Ein Neubau ohne Aussicht auf Land wäre erst in 10-20 Jahren möglich. Energetisch wäre es eine Schande, wenn man das Eisstation nicht sanieren würde. Eine reine Freizeitanlage ist für alle Vereine keine Lösung. Die Stadt will vorwärts machen. Nach 15 Jahren Planung soll das Projekt im November 2026 fertig sein. Danach kann man sich auf die Zukunft konzentrieren. Es gab eine Mini-, Midi- und Maxi-Variante. Selbst die Mini-Variante hätte 20,5 Mio. Franken gekostet mit einer Genauigkeit von plus-minus 30 %. Es wurde eine obere Grenze von 30 Mio. Franken angenommen. Das Projekt heute ist nach wie vor in dieser Bandbreite. Die Mehrheit der Fraktion wird dem Antrag zustimmen. Vermutlich wird es einige Enthaltungen geben. Er hofft, dass nicht alle Reserven gebraucht werden und am Schluss etwas günstiger abgeschlossen werden kann.

Alex Reymondin, **SVP-Fraktion**, erörtert, dass man Ende der 80er Jahre einen ersten Anlauf genommen hat für eine neue Halle. Diese wurde im Lachenareal vorgesehen. Es wurde opponiert und sie kam nicht zustande. In den 90er Jahren wurden das Hallendach und eine einseitige Betontribüne erstellt. Für mehr hat das Geld nicht gereicht. Die Basis inklusive Pläne wäre da gewesen für einen kompletten Ausbau. Am Schluss hat für die komplette Sanierung das Geld gefehlt. 2007 hat die Stadt den EHC Thun gebeten, zu einer möglichen Sanierung der Eishalle Stellung zu nehmen. 2010 wurden die Thuner Eissportler von der Stadt eingeladen zu einer Vorstellung einer umfassenden Sanierung der Eishalle Grabengut. Das Ziel war es, dass die sanierte Eishalle frühestens 2014, spätestens 2017 bezugsbereit wäre. 2012 wurde eine Motion eingereicht, wonach verschiedene Varianten ausgearbeitet werden sollen. Diese wurde in ein Postulat umgewandelt und einstimmig angenommen. 2014 hat man den Heimfall diskutiert und beschlossen. Seit dem 1. Januar 2015 gehören die Anlage und das Lachenareal nun wieder der Stadt Thun. 2016 erfolgte die Bewilligung eines Verpflichtungskredits für die Durchführung eines Architekturwettbewerbs für das künftige Eissportzentrum Grabengut, welche einstimmig angenommen worden ist. Dem Geschäft kann man Einiges entnehmen. Demnach hat der Gemeinderat im Jahr 2009 eine Projektgruppe errichtet, um einen Alternativstandort zu prüfen. Insbesondere der Standort Thun Süd wurde intensiv geprüft. 2012 hat der Gemeinderat aus wirtschaftlichen und städtebaulichen Gründen entschieden, am Standort Grabengut festzuhalten und die bestehende Anlage zu sanieren. Für eine neue Kunsteisbahn ist die Projektgruppe von Gesamtkosten ohne Grundstückskosten von zirka 36 bis 44 Mio. Franken ausgegangen. Die Ausführungen wären 2020-2022 gewesen. Im Jahr 2018 hat der Stadtrat einen Planungs- und Projektierungskredit von 1,75 Mio. Franken angenommen. 2022 wurde der Abstimmungskredit mit einem hohen Ja-Anteil angenommen. Die Ausführung war bis 2024 geplant. 2023 erfolgte leider ein Projektstopp aufgrund der neuen Kostenprognose. Es gab ein grosses Problem mit dem Kostenplaner. Es wurde ein neuer Kostenplaner gefunden. Dies führte dazu, dass zwei Jahre verloren gingen. Die Fertigstellung ist nun für 2026 geplant. Er wurde gefragt, warum der Entscheid auf den Standort Grabengut gefallen ist. Der Standort wurde mehrfach geprüft. Der Standort Grabengut ist für die Nutzer gut erreichbar, auch mit dem öffentlichen Verkehr. Toll wäre ein Sportzentrum inklusive Hallenbads, Eisbahn und Curlingbahn. Stand heute sagt er, dass dies nicht möglich ist. So ein Bau braucht sehr viel Land, das die Stadt nicht zur Verfügung hat. Die Kosten wären höher als 100 Mio. Franken. Dieses Geld haben wir nicht für ein solches Projekt. Die umliegenden Gemeinden müssten sich an einem solchen Projekt namhaft beteiligen. Die Kosten heute sind die *Piece de Résistance*. Niemand ist zufrieden mit den Mehrkosten. Die falsche Kostenprognose führt zu unnötigen Diskussionen und grossem Zeitverlust. Die Teuerung kann man nicht wegdiskutieren. Dies konnte man damals nicht wissen. Die Reserve hätte man wie bereits erwähnt höher einplanen können. Für den Nachkredit wurden nun mehr Reserven eingerechnet. Künftig will man solche Projekte doppelte überprüfen lassen. Dies ist der richtige Ansatz, kostet aber auch mehr. Die ursprüngliche Kostenannahme ist laufend von ausgewiesenen Fachleuten überprüft worden. Die Fehlkalkulation von über 3 Mio. Franken wurde nicht entdeckt. Der Fehler ist nicht nur beim Gemeinderat und der Verwaltung zu suchen, sondern beim Planerteam. Oft hat er gehört, dass dies alles viel zu teuer sei. Die Stadt als öffentliche Trägerschaft baut grundsätzlich teurer als Private. Die Politik ist mitverantwortlich für die hohen Kosten. Die öffentliche Trägerschaft muss zusätzliche Auflagen und Gesetze einhalten. In diesem Projekt wurden bereits mehrere Kürzungen vorgenommen. Gemeinderat Schertenleib hat nach Antritt seines Amtes den Baustopp anordnen müssen aufgrund der Kostenexplosion. Ein allfälliger Verzicht auf die Sanierung hätte grosse Folgen. Die Anlage hat Sicherheitslücken, die man nicht schliessen kann. Energietechnisch ist der Bau nicht auszubauen. Das längst baufällige Areal würde noch baufälliger werden. Die Garderoben und sanitären Anlagen sind eine einzige Katastrophe. Künftig wird es nicht einfacher, da die gesetzlichen Anforderungen nicht schlanker werden. Der Zeithorizont für eine andere Lösung beträgt mindestens 20 Jahre. Es ist keine Option, nun Nein zu sagen. Es ist die Verantwortung des Stadtrates, nun das Projekt nicht aus falschen

Motiven zum Stillstand zu bringen. Die jahrelangen Vorarbeiten und 6,5 Mio. Franken würden vernichtet werden. Die Fraktion wird dem Nachkredit zustimmen.

Angelika Zimmermann, **Fraktion FDP/Die Mitte**, findet es ein schwieriges Projekt. Nun wird dem Stadtrat ein Kompromiss vorgelegt. Es ist das Resultat eines Wettbewerbs. Das Volk hat überwältigend Ja zum Projekt und diesen Kosten gesagt. Das Projekt ist nun 32 % teurer. Die Gründe hierfür sind nachvollziehbar, aber unerfreulich. Der Projektstopp war richtig. Die Sanierung einer solch alten Anlage ist wesentlich komplexer und risikoreicher als ein Neubau. Sie befürchtet, dass es nicht der letzte Nachkredit ist für das Grabengut. Die vielerwähnte Kombianlage mit Eisfeld und Schwimmbad im Thun Süd oder Lachen ist nur für einen viel höheren Betrag und viel später umsetzbar. Man soll schauen, dass es nicht noch teuer wird und dieser Betrag als Kostendach betrachtet wird. Die Kostenverantwortung der Stadt Thun soll künftig besser wahrgenommen werden. Der Kostenfaktor soll künftig höher gewichtet werden. Die künftige bessere Plausibilisierung mit der Doppelprüfung wird begrüsst. Es ist unschön, dass ein hoher Millionenbetrag für die geleisteten Planungsarbeiten bei einem Nein in den Sand gesetzt werden würde. Noch unschöner ist, dass die Vereine bei einem Nein weiterhin so trainieren müssten und aufgrund der Baurechtsordnung in einer unklaren baurechtlichen Situation wären. Am unschönsten ist, dass keine Pinselstrich-Sanierung für die 19 Mio. Franken möglich sein soll. Die Fraktion wird nicht einheitlich abstimmen.

Franziska Eggenberg, **Fraktion GLP/EVP/EDU**, erörtert, dass ohne die dringend notwendige Sanierung der EHC Thun nicht überleben wird. Hockey ist nicht der einzige Sport auf dem Eis. Eine Sanierung ist nicht nur aus sportlicher, sondern auch aus energetischer Sicht notwendig. Sollten wir uns gegen den Kredit und die Sanierung entscheiden, könnten andere Varianten Schwung erhalten. Am Standort Grabengut ist in den letzten 15 Jahren festgehalten worden. Viele Kostenschätzungen zeigen, dass es nicht günstiger geht. Die Kosten für einen Neubau wurden auf 48 Mio. Franken geschätzt ohne Land. Die bereits investierten 10 Mio. Franken dürfen auch nicht vergessen werden. Die aktuellen Kosten sind noch immer im Rahmen der Midi Variante. Ein Teil der Fraktion befürwortet einen Nachkredit und ein Teil nicht.

Natalie Althaus, **Fraktion Grüne**, findet die ganze Grabengutgeschichte eine leide Geschichte. Es gibt kein deutliches Richtig oder Falsch bei dieser Entscheidung. Der Druck, der von beiden Seiten ausgeübt worden ist, war nicht angenehm. Dies hat nichts mit Demokratie zu tun. Es greift zu kurz, sich alleine auf die Volksabstimmung abzustützen. Sie stellt sich die Frage, wieso man so danebengelegen ist. Einige sagen, dass man endlich vorwärts machen soll, damit die Sporttreibenden eine Perspektive haben. Rechtfertigt dies wirklich fast 30 Mio. Franken? Der Kostenvoranschlag ist über 30 % höher. In der Fraktion hat jeder eine eigene Meinung und es wurde Stimmfreigabe beschlossen.

Sandro Badertscher (Parteilos) findet es viel Geld für einen bescheidenen Nutzen. Er respektiert den Volkswillen. Es wäre richtig, wenn man es dem Volk erneut vorlegen würde mit den 30 Mio. Franken. Er kennt wenig Leute, die Ja stimmen würden. Es ist viel Unverständnis da in der Bevölkerung. Er wird den Nachkredit deshalb ablehnen. Er weist darauf hin, dass bei den Mehrwertsteuern eine Optimierung geprüft werden soll.

Matthias Zellweger (Parteilos) ist emotionsfrei. Er findet die Situation nicht gut. Diese findet niemand gut. Wir müssen uns bewusst sein, was dies für eine Wirkung hat, was wir hier machen. Man darf die 6 Mio. Franken nicht als Druckmittel verwenden. Er wird klar nein sagen. Es gab eine Notstoppübung, die eine knappe Viertelmillion kostet. Der Einsatz des Generalplaners führt dazu, dass die Stadt die detaillierte finanzielle Gestaltungshoheit verliert. In der Privatwirtschaft hütet man sich vor solchen Modellen. Er stellt fest, dass das hochgelobte Siegerprojekt zu 7/8 ein Neubau und zu 1/8 eine Sanierung war. Diese nostalgische Sanierung führt zu hohen Mehrkosten. In der Zeit, als man die 6 Mio.

Franken verbrannt hat, sind im Umfeld andere Stadien erstellt worden. Diese sind alle vom gleichen Architekturbüro geplant und gebaut worden. Davon hätte man profitieren können. Alle diese Stadien kamen auf 29 Mio. bis 35 Mio. Franken. Man wusste also um die Höhe der Kosten. Wenn man gegenüberstellt, was man bezahlt und erhält, ist dies interessant. Thun baut 5-6 Mio. Franken zu teuer, für das, was wir erhalten. Man kann sagen, dass die öffentliche Hand teurer baut. Das ist nicht richtig. Das Vergaberecht beruht auf einer messerscharfen Ausschreibung. Es ist eine unglückliche Projektlösung. Man hat die Dimension verpasst und nicht richtig abgeschätzt. Es ist ein strukturelles und finanzielles Fiasko. Er stellt den Antrag, dass schriftlich abgestimmt wird. Es ist richtig, dass Druck auf die Stadtratsmitglieder ausgeübt worden ist.

Alois Studerus, **Fraktion FDP/Die Mitte**, findet es wichtig, dass wir Ja sagen zu dem Kredit. Es gibt viele Wehmutstropfen. Ein Vergleich mit andern Eissporthallen ist nicht möglich. Aus Sicht der Eissportvereine ist der Kredit notwendig und dringlich.

Natalie Althaus, **Fraktion Grüne**, beantragt einen Sitzungsunterbruch von 5 Minuten, um den Antrag von Stadtrat Zellweger zu besprechen.

Der Rat genehmigt den Sitzungsunterbruch.

Die Sitzung wird für fünf Minuten unterbrochen.

Der Rat genehmigt den Antrag auf geheime Abstimmung mit 10 Stimmen.

Gemeinderat Reto Schertenleib führt aus, dass es das Ziel ist, dass die Reserven nicht aufgebraucht werden. Die Zeiten der betrieblichen Anpassungen sind vorbei. So wie das Projekt vorgelegt wurde, so wird es auch gebaut. Mehr Kostenverantwortung durch die Stadt ist richtig, sofern dies in der Kompetenz der Stadt liegt. Die Planenden haben eine treuhänderische Pflicht gegenüber der Stadt. Es ist nicht irgendjemand, der den Wettbewerb gewonnen hat. Die machen nicht das erste Mal ein Stadion. Angenehm ist die Situation für niemanden. Schönreden tut es niemand. Die Stadt ist selbstkritisch. Wir wollen nun die Halle bauen, und zwar schnell. Der Stadtrat hat nun zwei Optionen. Die 6,5 Mio. Franken und 13 Jahre Planungsarbeit sind ein Argument. Die Eissportvereine und die breite Bevölkerung sollen eine Perspektive haben.

Thomas Hiltbold (Grüne) stellt den Antrag um Stimmabgabe unter Namensaufruf.

Der Rat genehmigt den Antrag auf Stimmabgabe unter Namensaufruf mit mehr als 10 Stimmen.

Ausmittlung des Abstimmungsvorgehens:

Auf den Antrag zur Abstimmung unter Namensaufruf entfallen 18 Stimmen.

Auf den Antrag zur geheimen Abstimmung entfallen 13 Stimmen.

Somit stimmt der Rat unter Namensaufruf ab, welche die Stimmenzählenden durchführen.

Der Rat stimmt wie folgt über den nachgenannten Stadtratsbeschluss ab (Ja = dafür, nein = dagegen):

Aegerter Peter	Ja
Allemann Martin	Ja
Althaus Natalie	Nein
Badertscher Sandro	Nein
Badertscher Simon	Ja

Baumann-Fuchs Jonas	Ja
Berger Mathias	Ja
Bieri Thomas	Ja
Borter Valentin	Ja
Christen Adrian	Ja
Deriaz Philipp	Ja
Dolder Anja	Nein
Eggenberg Franziska	Ja
Glauser Nicolas	Nein
Graf Sonja	Ja
Gugger Roman	Ja
Hiltbold Thomas	Ja
Jaccard Manon	Enthaltung
Kropf Alice	Ja
Lanz Thomas	Ja
Lauener Christoph	Ja
Lehmann Rickli Barbara	Nein
Marbach Michelle	Ja
McGarty Michael	Nein
Meier Vanessa	Nein
Müller Lara	Ja
Oesch Bartlome Marianna	Ja
Reymondin Alexandre	Ja
Schlapbach Claude	Nein
Schlatter Leonardo	Ja
Schmutz Malenka	Ja
Schori Franz	Ja
Siegenthaler Nina	Ja
Studerus Alois	Ja
Van Wijk Markus	Nein
Weber Cloe	Enthaltung
Zellweger Matthias	Nein
Zimmermann Angelika	Ja

Der Rat genehmigt mit 26 : 10 Stimmen bei 2 Enthaltungen folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 68 Absatz 1 Stadtverfassung, und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 26. Juni 2024, beschliesst:

1. Bewilligung eines Nachkredits von 2'064'650 Franken als neue Ausgabe zu Lasten der Investitionsrechnung, Verpflichtungskredit Nr. 2220.5040.002 (Bilanzkonto 14040.01.01) für die Ausführung der Gesamtsanierung des Eissportzentrums Grabengut.
2. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

90. Informatik an Thuner Volksschulen: Projekt IVS4 (2025 bis 2027)

Bewilligung eines Verpflichtungskredites von 1,732 Millionen Franken (Anteil neu) zur Erweiterung der Informatik-Infrastruktur an den Thuner Volksschulen

Bericht des Gemeinderates Nr. 22/2024

Gemeinderätin Andrea de Meuron erwähnt, dass Informatik an den Volksschulen in Thun eine Erfolgsgeschichte ist. Die Projekte wurden in der Vergangenheit budgetgetreu und termingerecht umgesetzt. Im Vergleich zu anderen Städten ist dies nicht selbstverständlich. Stand heute werden aufgrund der IVS-Projekte von der Stadt Thun über 3'000 Geräte an den Schulen betreut. Seit dem letzten Projekt sind sechs Jahre vergangen. Die Geräte müssen ersetzt werden. Dies ist in der Verantwortung des Gemeinderates. Dem Gemeinderat und der Arbeitsgruppe Informatik an den Volksschulen ist es wichtig, die Bedürfnisse der Schüler, Lehrpersonen und Eltern zu kennen. Man hat Umfragen gemacht. Dies war die Basis für das Konzept IVS4. Es geht um persönliche iPads mit Pens ab der 5. Klasse. Die Lehrpersonen sollen mit einem Notebook zusätzlich zu den iPads ausgestattet werden. Weiterbildungen werden für Lehrpersonen vorgesehen, damit sie ihre Weiterbildungskompetenzen stärken können. Der Gemeinderat hat sich mit Themen wie Dualität, Datensicherheit, Durchlässigkeit und zu dem Thema, ab wann man solche Technologien einsetzen soll, beschäftigt. Betreffend Dualität ist klar, dass das iPad als solches gesetzt ist. Neu sind Notebooks für Lehrpersonen. iPads sind für administrative Arbeiten nicht gut geeignet. Ein sorgsamer Umgang mit den Steuergeldern ist wichtig. Sobald duale Strategien gefahren werden, kostet es mehr und es ist personalintensiver. Diese Mehrkosten sollen vermieden werden. Das Schulsystem müsste neu aufgesetzt werden. Dies soll vermieden werden. Bring your own device ist für Lehrpersonen aber weiterhin möglich. Schützenswerte Daten werden mit den eigenen Geräten aber nicht einsehbar sein. Der bestmögliche Schutz soll gewährleistet werden. Die Stadt Thun ist gerüstet mit guten Fachpersonen. Davon sollen auch die Schulen profitieren können. Betreffend Durchlässigkeit sollen die Geräte bis zum Ende der Schulzeit benutzt werden können. Man soll smart unterwegs sein können und in den verschiedenen Schulhäusern auf die Drucker zugreifen können. Bezüglich Alter hat man sich am Lehrplan 21 orientiert. Die Schüler und Schülerinnen sollen fit für die Zukunft gemacht werden. Die Arbeitsgruppe hat die strategische Projektverantwortung und konstituiert sich selbst. Die Schulen sind mit zwei Personen aus der Schulkonferenzpräsidien vertreten. Den Bedürfnissen der Schulen wird Rechnung getragen. Die Mengenausweitung sieht vor, dass man rund 1'000 neue Geräte braucht. Die Finanzkompetenz liegt deshalb beim Stadtrat. Zudem werden neue personelle Ressourcen benötigt. Der Gemeinderat hat die personellen Ressourcen bewilligt. Deshalb würde es sie freuen, wenn der Stadtrat den Verpflichtungskredit von 1,732 Mio. Franken annimmt. Bildung ist nicht nur eine Frage der Schulhäuser, sondern auch der zeitgemässen technischen Ausstattung. Die Stadt soll auch betreffend Bildung attraktiv sein.

Valentin Borter, **SAKO FIRU**, findet es sinnvoll, dass eine einheitliche Lösung gewählt worden ist. Die zusätzlich entstehenden Arbeiten sind nachvollziehbar. Der SAKO wurde versichert, dass die Lehrkräfte ihre Arbeit weiterhin auf ihrem Wunschsyste men erledigt können. Weiter will er sich hierzu nicht äussern, dass der Stadtrat nicht zuständig ist für die Umsetzung. Es geht um ein Kreditgeschäft. Der Stadtrat hat sich zwei Fragen zu stellen. Erstens, ob die Schülerinnen und Schüler der Stadt Thun früher technische Geräte erhalten sollen. Zweitens, ob wir hierfür so viel Geld ausgeben wollen. Die Projekte sind ein Erfolgsmodell. Wir müssen mit der Zeit gehen und können so die jungen Leute auf ihr Berufs- und Privatleben bestmöglich vorbereiten. Die SAKO kam zum Schluss, dass es richtig und wichtig ist, weiter zu gehen und hofft, dass das Projekt nach Zustimmung zum Verpflichtungskredit umsichtig und rücksichtsvoll umgesetzt wird. Die SAKO ist einstimmig bei einer Enthaltung zum Schluss gekommen, dass die Schülerinnen und Schüler früher ausgerüstet werden sollen und man das Geld sprechen soll.

Valentin Borter, **SVP-Fraktion**, versteht die Haltung des Schulhauses Progymatte und der Lehrpersonen, die ihr bevorzugtes System verwendet möchten. Der Gemeinderat wird aufgefordert, die zuständige Arbeitsgruppe zu sensibilisieren für diese Thematik. Dass man in der SAKO BiSK eine durch Steuergelder finanzierte Drittmeinung den übrigen Stadtratsmitgliedern nicht zur Verfügung stellen will, ist inakzeptabel. Angeblich haben Mitarbeitende der Stadt dem Schulhaus Progymatte im Jahr 2023 zugesichert, dass sie ihre eigenständige Lösung gemäss IVS3 weiterführen kann. Im Frühling 2024 hat der Gemeinderat gegenläufig entschieden, ohne dass dies mit dem Schulhaus Progymatte abgesprochen worden ist. Mit einer wichtigen Organisation in der Thuner Bildungslandschaft soll man nicht so umgehen. Was im Vorfeld zu diesem Geschäft abgegangen ist, ist unverständlich. Die Machtspiele zwischen Verwaltung und der SAKO BiSK sind unerträglich. Bei Themen wie Bildung kann man sich nicht leisten, dass gewisse Instanzen einen Bericht zurückhalten. Man kann vom Bericht halten, was man will. Das Chaos soll aufhören. Schuldzuweisungen will er nicht machen. Es ist nicht die Aufgabe des Stadtrates, dies zu lösen. Der Stadtrat ist zuständig für strategische Entscheide und hier für den Kredit. Es ist falsch, dass die Vorsteherin SAKO FiRU und die Schulkommission in der Arbeitsgruppe nicht vertreten sind. Er bittet den Gemeinderat, diese Anpassungen vorzunehmen. Zudem soll das Schulhaus Progymatte in den weiteren Prozess eingebunden werden. Die Fraktion nimmt den Kredit einstimmig an.

Nicolas Glauser, **SAKO BiSK**, erläutert, dass in der SAKO keine Abstimmung stattfinden konnte. Aufgrund dieses Versäumnisses konnte die SAKO BiSK den externen Zweitmeinungsbericht dem Stadtrat nicht zur Verfügung stellen. Die SAKO BiSK hat diesen in Auftrag gegeben und er durfte den SAKOs BiSK und FiRU zur Verfügung gestellt werden. Leider konnte kein Beschluss gefällt werden, um diesen dem Stadtrat zuzustellen. Drei Mitglieder der SAKO BiSK (Barbara Lehmann Rickli, FDP, Thomas Bieri, SVP und Nicolas Glauser, GLP) reichen drei Anträge zum Geschäft ein. Die Ausrüstung der Schülerinnen und Schüler ab der 5. Klasse ist unbestritten. Betreffend das Konzept der geplanten Ausrüstung von allen Lehrpersonen mit einem Notebook und die Integration in bestehende Informatikausrüstungen der Schulen stimmt die Stossrichtung für einige Mitglieder der SAKO nicht mehr. Der erste Antrag möchte, dass die Arbeitsgruppe mit einem Mitglied der Schulkommission ergänzt wird. So kann Zusatzwissen der strategischen Schulführung einfließen. Der Kredit wird bewilligt unter dem Vorbehalt, dass dies so umgesetzt wird. Der Antrag zwei unterstützt, dass die Informatikstrukturen aller Schulen berücksichtigt werden sollen. Antrag 3 wäre die Kombination der beiden Anträge. Er findet einen Sitzungsunterbruch nach Abschluss der allgemeinen Debatte sinnvoll.

Antrag 1

Bewilligung eines Verpflichtungskredites von 1,732 Millionen Franken als neue Ausgabe zu Lasten der Investitionsrechnung, Verpflichtungskredit Nr. 5310.5200.005 (Bilanzkonto Nr. 14200.01.01) zur Erweiterung der Informatik-Infrastruktur an den Thuner Volksschulen (Projekt IVS4) unter dem Vorbehalt, dass die Zusammensetzung der Arbeitsgruppe Informatik Volksschule (AIV) bei der Umsetzung des Projekts IVS4 durch ein Mitglied der Schulkommission ergänzt wird.

Antrag 2

Bewilligung eines Verpflichtungskredites von 1,732 Millionen Franken als neue Ausgabe zu Lasten der Investitionsrechnung, Verpflichtungskredit Nr. 5310.5200.005 (Bilanzkonto Nr. 14200.01.01) zur Erweiterung der Informatik-Infrastruktur an den Thuner Volksschulen (Projekt IVS4) unter dem Vorbehalt, dass die Plattform der OS Progymatte in die Schulplattform der Stadt Thun integriert wird, jedoch mit der Möglichkeit macOS-Endgeräte einzubinden. Dieses Migrations- und Integrationsprojekt soll Teil von IVS4 sein.

Antrag 3

Bewilligung eines Verpflichtungskredites von 1,732 Millionen Franken als neue Ausgabe zu Lasten der Investitionsrechnung, Verpflichtungskredit Nr. 5310.5200.005 (Bilanzkonto Nr. 14200.01.01) zur Erweiterung der Informatik-Infrastruktur an den Thuner Volksschulen (Projekt IVS4) unter dem Vorbehalt, dass die Zusammensetzung der Arbeitsgruppe Informatik Volksschule (AIV) bei der Umsetzung des Projekts IVS4 durch ein Mitglied der Schulkommission ergänzt wird und dass die Plattform der OS Progymatte in die Schul-Plattform der Stadt Thun integriert wird, jedoch mit der Möglichkeit macOS-Endgeräte einzubinden. Dieses Migrations- und Integrationsprojekt soll Teil von IVS4 sein.

Roman Gugger, **Fraktion Grüne**, begrüsst das Geschäft. Erstens unterstützt er die Ausweitung der 1:1-Ausrüstung ab der 5. Klasse mit iPads und Pencils. Dies stellt sicher, dass die Schülerinnen und Schüler bereits in jungen Jahren bestmöglichen Zugang zu digitalen Bildungsressourcen erhalten und so bestens gerüstet sind für die Anforderungen der Zukunft. Zweitens ist es begrüßenswert, dass die Lehrpersonen neben den persönlichen iPads auch persönliche Notebooks erhalten werden. Dies kann die Unterrichtsvorbereitung mutmasslich erheblich erleichtern und allenfalls die Effizienz steigern. Drittens wird auch die Gleichbehandlung aller Schulen begrüsst. Es ist richtig, dass der Sonderzug des Progy in einen geordneten Fahrplan geführt wird. Dies gewährt eine höhere Sicherheit. Zudem fördert es die Zusammenarbeit und Durchgängigkeit aller Lehrpersonen und Schülerinnen und Schüler in Thun. Es wird begrüsst, dass die Lehrpersonen ihr eigenes Gerät benutzen können, ohne Zugriff auf sensible Daten zu haben. Zusammengefasst ist man in Thun verwöhnt mit einer guten IT-Infrastruktur. Insgesamt ist er überzeugt, dass die geplanten Massnahmen nicht nur die Bildungschancen erhöhen, sondern auch die Stadt Thun als modernen und zukunftsgerichteten Lebens- und Arbeitsraum stärken. Die gestellten Anträge wird die Fraktion ablehnen, weil diese gegensätzlich zu dem stehen, wovon die Fraktion überzeugt ist. Die Fraktion stimmt dem vorgeschlagenen Verpflichtungskredit einstimmig zu.

Alois Studerus, **Fraktion FDP/Die Mitte**, findet das Geschäft gut. Die geplante Ausrüstung ist zeitgemäss. Es gibt umstrittene Punkte in diesem Geschäft, die aber gar nicht in der Kompetenz des Stadtrats liegen. Das hin und her beim Progy soll ein Ende finden. Der Kredit ist von der Fraktion unbestritten. Der Gemeinderat hat sich für ein einheitliches System entschieden. Die Kommunikation hierzu war nicht ideal. Einerseits sind die Kosten für eine duale Lösung hoch. Die Frage ist, wieviel einem die Freiheit einer Schule Wert ist. Technisch wäre ein duales System möglich. Er hofft, dass mit dem Progy eine einvernehmliche Lösung gefunden werden kann.

Franz Schori, **SP-Fraktion**, erläutert, dass sich die Berufswelt verändert hat. Es gibt kaum einen Beruf, der ohne Computer auskommt. Es ist richtig, die Schulinformatik auszuweiten auf die 5. Klasse. Der Entscheid betreffend Geräte ist in der Verantwortung des Gemeinderates und der Verwaltung. Die Fraktion steht ein für eine Politik für alle und nicht für Privilegierte. Die Fraktion unterstützt den Antrag des Gemeinderates. Den erwähnten Geheimbericht hat er gelesen. Der Bericht ist den Strom nicht wert, aus welchem er verfasst worden ist. Die vorgelegten Anträge lehnt die Fraktion ab, weil ein Antrag in die gegensätzliche Richtung geht und der andere Antrag operative und strategische Ebene vermischt. Dem Kredit stimmt die Fraktion zu.

Nicolas Glauser, **Fraktion GLP/EVP/EDU**, teilt mit, dass die Meinungen in der Fraktion nicht einheitlich sind. Für die Mehrheit ist das vorgelegte Konzept stimmig. Sie unterstützt die Vereinheitlichungen der Informatiksysteme und sieht gegen die Geräteausrüstungen keine Hindernisse. Andere sind kritisch und finden, dass die Bedürfnisse der Schulen und Lehrpersonen prioritärer berücksichtigt werden müssten, insbesondere auch betreffend die technischen Aspekte. Es besteht kein Überschuss an Lehrpersonen. Es gilt, Schaden zu verhindern. Wichtig ist die offene und frühzeitige Kommunikation mit den Direktbetroffenen. Die Fraktion wird ein heterogenes Abstimmungsergebnis zeigen.

Bieri Thomas (SVP) hat den Bericht auch gelesen. Den Lehrpersonen ist Sorge zu tragen. Bei der Ausführung sollen sie auch mitreden können.

Martin Allemann (SP) äussert sich als ehemaliges Schulkommissionsmitglied. Er verzweifelte damals dabei, die Oberstufen einigermaßen einheitlich zusammenzubringen. Es gelang ihm weitgehend mit Ausnahme eines Schulhauses. Er findet das nicht gut, auch wenn man die Mehrkosten betrachtet. Die Anträge verwundern ihn. Die Schulkommissionsmitglieder sagen immer, dass sie überlastet seien. Nun wollen sie in einer Arbeitsgruppe Einsitz nehmen, welche aber strategische Entscheide trifft. Er ist sich nicht sicher, ob das erforderliche technische Wissen in der Schulkommission vorhanden wäre. Die Mitglieder der Arbeitsgruppe vertreten die Interessen der Lehrpersonen ausreichend. Er bittet darum, die drei Anträge abzulehnen.

Alois Studerus (Die Mitte) teilt mit, dass in den erwähnten 1,6 Mio. Franken auch Einsparungen enthalten sind. Es müssen dann nicht alle ein neues iPad erhalten. Wir wissen nicht, wie sich die 1,6 Mio. Franken wirklich zusammensetzen. Das Progy hat weit vor den anderen Schulen Informatik angeboten.

Gemeinderätin Andrea de Meuron erläutert, dass die 1,6 Mio. Franken eine Hochrechnung sind. Einsparen tut die Stadt nichts. Der erwähnte Bericht hat der Gemeinderat nie gesehen. Zu den Anträgen konnte sich der Gemeinderat noch nicht beraten. Die operative Ebene wird darin angesprochen, welche nicht in der Kompetenz des Stadtrats liegt. Die Konsequenz der Annahme der Anträge wäre, dass wir nicht wissen, ob das technisch überhaupt machbar wäre. Dies würde das Projekt verzögern. Ein Start im Jahr 2025 wäre nicht möglich. Gerade wenn man den Lehrpersonen Sorge tragen will, sollen sie mit guten Geräten ausgestattet werden.

Peter Aegerter (SVP) erwartet, dass es noch eine Haltung vom Gemeinderat zu den Anträgen gibt.

Gemeinderätin Andrea de Meuron teilt mit, dass der Gemeinderat die Anträge erst heute erhalten hat und keinen Beschluss fassen konnte. Es ist eine Blackbox. Jede Verzögerung führt zu einer Verzögerung des Gesamtprojekts.

Peter Aegerter (SVP) beantragt einen Sitzungsunterbruch von 3 Minuten.

Der Rat genehmigt den Sitzungsunterbruch.

Die Sitzung wird für drei Minuten unterbrochen.

Gemeinderätin Andrea de Meuron freut sich, wenn eine Mehrheit den Kredit unterstützt. Wenn die politische Mehrheit entscheidet, dass ein duales System gefordert wird, so muss geprüft werden, ob der Kredit überhaupt zulässig ist, weil er an Fragen zur operativen Umsetzung gekoppelt ist. Es wurde zwei Mal in der SAKO über das Geschäft informiert. Es sind keine Fragen gekommen. Sie wünscht sich eine seriöse Vorbereitung. Sie ist erstaunt über die Anträge.

Der Stadtratspräsident führt aus, dass nicht seriös ist, was hier abläuft. Man gibt etwas ein, wobei unklar ist, ob die Anträge überhaupt in der Kompetenz des Stadtrats liegen. Dies kann unmöglich während der Stadtratssitzung geklärt werden. Die Anträge könnten allenfalls sogar ein Scheitern eines Kredits zur Folge haben. Solche Anträge sollen vorgängig eingegeben werden, damit abgeklärt werden kann, ob sie zulässig sind. Die Antragssteller könnten ihre Anträge zurückziehen.

Nicolas Glauser (GLP) teilt mit, dass die Anträge eingereicht wurden und daran festgehalten wird.

Matthias Zellweger (Parteilos) fragt, ob es dem Geschäft dienen würde, wenn man das Traktandum verschieben würde.

Der Stadtratspräsident erläutert, dass man dafür nun zu weit fortgeschritten ist.

Valentin Borter (SVP) schlägt den Antragsstellern vor, die Anträge zurückzuziehen und Antrag 1 als Postulat einzureichen.

Der Stadtratspräsident weist darauf hin, dass die Antragssteller an ihren Anträgen festhalten. Er erläutert den Ablauf des Vorgehens.

Antrag 3 gegen Antrag 2

Der Rat stimmt mit 22 : 5 Stimmen für Antrag 2.

Antrag 2 gegen Antrag 1

Der Rat stimmt mit 16 : 0 Stimmen für Antrag 1.

Antrag 1 gegen Antrag des Gemeinderates

Der Rat stimmt deutlich für den Antrag des Gemeinderates.

Der Rat genehmigt mit 31 : 0 Stimmen bei 6 Enthaltungen folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 39 litera a Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 14. Juni 2024, beschliesst:

1. Bewilligung eines Verpflichtungskredites von 1,732 Millionen Franken als neue Ausgabe zu Lasten der Investitionsrechnung, Verpflichtungskredit Nr. 5310.5200.005 (Bilanzkonto Nr. 14200.01.01) zur Erweiterung der Informatik-Infrastruktur an den Thuner Volksschulen (Projekt IVS4).
2. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

91. Postulat P 07/2024 betreffend Spezialfinanzierung "Netto-Null 2050"

Thomas Lanz (Grüne), Fraktion Grüne, Fraktion GLP/EVP/EDU, SP-Fraktion und Mitunterzeichnende vom 21. März 2024; Beantwortung

Thomas Lanz, **Fraktion Grüne**, findet es erfreulich, dass die Spezialfinanzierungen gut gefüllt sind. Dies ist wichtig, damit das Netto-Null-Ziel erreicht werden kann. Die erforderlichen finanztechnischen Instrumente sind vorhanden. Im Reglement für die Spezialfinanzierung Investitionen ist ihm aufgefallen, dass im Zweck vor allem auf das Verwaltungsvermögen referenziert wird. Er möchte wissen, ob Investitionen ausserhalb des Verwaltungsvermögens möglich wären. Weil der Grossteil der Investitionen noch auf uns zukommt, die Höhe noch nicht bekannt ist und die Finanzierung des Förderprogramms noch nicht langfristig sichergestellt ist, stellt er den Antrag auf Nichtabschreibung.

Alois Studerus, **Fraktion FDP/Die Mitte**, findet das Postulat richtig. Die Fraktion wird teilweise dem Antrag folgen auf Nichtabschreibung.

Vanessa Meier, **Fraktion GLP/EVP/EDU**, erwartet, dass dem wichtigen Anliegen auch langfristig ein entsprechender Stellenwert gegeben wird. Die Fraktion nimmt das Postulat an und wird es nicht abschreiben.

Franz Schori, **SP-Fraktion**, ist überzeugt, dass grosse Investitionen anstehen werden. Die Fraktion ist für Ja und nicht Abschreiben.

Stadtratsbeschluss

Der Rat erklärt das Postulat einstimmig als erheblich und schreibt es mit 26 : 11 Stimmen nicht ab.

92. Postulat P 08/2024 betreffend Prüfung der verstärkten Nutzung von See- und Grundwasser zur Wärmegewinnung in Thun bzw. Nutzung der gleichen Quellen zwecks Kühlungsmassnahmen im Gemeindegebiet von Thun

Mark van Wijk (FDP), Alois Studerus (Die Mitte), Franz Schori (SP), Fraktion FDP/Die Mitte, Fraktion GLP/EVP/EDU, Fraktion Grüne vom 21. März 2024; Beantwortung

Markus van Wijk, **Fraktion FDP/Die Mitte**, erläutert, dass der Bericht im Thuner Tagblatt die Wichtigkeit des Vorstosses zeigt. Auf strategischer Ebene ist der Gemeinderat für die kommunale Energieplanung zuständig. Strategisch denken und handeln heisst, langfristig zu handeln. Gerade betreffend die Nutzung von Seethermie müssen heute langfristige Entwicklungen aktiv angegangen werden. Das Potenzial des Thunersees ist unbestritten. Er erwartet vom Gemeinderat, dass gestaltet und nicht verwaltet wird. Neue Entwicklungen sollen rasch angegangen werden. Die Fraktion wird das Postulat einstimmig annehmen.

Thomas Lanz, **Fraktion Grüne**, hat dem Gemeinderat Unrecht getan, als er ihm attestierte, dass er die Wärmewende verkenne. Gemäss Bericht anerkennt der Gemeinderat das Potential des Thunersees und sieht, dass die treibhausgasfreie Energieversorgung gut möglich ist. Natürlich braucht es verschiedene Abwägungen der Energieträger. Aber dass die Energie Thun AG die Seethermie aufgrund von wirtschaftlichen Gründen depriorisiert, ist nicht nachvollziehbar. Betreffend die Schaffung von Infrastrukturen für die Energie- und Wärmegewinnung muss man sich überlegen, dass man die Wirtschaftlichkeit flexibler anschauen kann. Man muss Übergangszeiten sehen und den Energieunternehmen unter die Arme greifen. Die Einbindung der Energieversorger in die Stadtplanung ist zentral, damit schlussendlich eine nachhaltige Lösung möglich ist. Der Gemeinderat soll die Energie Thun AG stärker an die Hand nimmt und ihnen den Weg zu Netto-Null klarer aufzeigt. Der Schritt mit dem strategischen Steuerungsgremium ist ein guter Weg. Die Fraktion begrüsst die Verfolgung der Seethermie. Es kommen grosse Investitionen auf uns zu und wir müssen bereit dafür sein. Das Postulat wird die Fraktion einstimmig annehmen.

Franz Schori, **SP-Fraktion**, teilt mit, dass vor etwa 200 Jahren die erste industrielle Revolution stattfand. Um die Standortattraktivität zu steigern, haben die Städte Kanäle angelegt, damit Mühlen und andere Fabriken betrieben werden konnten. Man hat vorausschauend gehandelt. Man hat das zur Verfügung gestellt, was von der Wirtschaft gefragt wurde. Dies hat die Wirtschaft hierhin gebracht. Wenn man sagt, dass man zuerst wissen muss, wer die Seethermie nutzen will, kommt nie jemand. Die Stadt Thun

muss diese Vorleistung erbringen. Die Industrie wird sich dort ansiedeln, um die Seethermie zu nutzen. Die Fraktion sagt klar ja.

Jonas Baumann, **Fraktion GLP/EVP/EDU**, ist mit dem Gemeinderat einig, dass die erneuerbaren Energien abgewogen werden müssen betreffend Nachhaltigkeit und Wirtschaftlichkeit. Es ist mehr als wichtig, dass man in grösseren Räumen denkt. Gemeindegrenzen helfen nicht bei solchen Projekten. Das Steuerungsgremium soll gezielte Schritte ausarbeiten. Die Fraktion ist für die Annahme.

Gemeinderätin Andrea de Meuron will ein Steuerungsgremium einsetzen. Zwischenzeitlich hat dort die erste Sitzung stattgefunden. Gemeinderat Reto Schertenleib und sie selbst haben Einsitz in diesem Gremium. Die Energie Thun AG und das Amt für Stadtliegenschaften sind auch vertreten. Es geht nicht nur um Wärme, sondern auch um die Bedeutung des Wassers. Sie ist überzeugt, dass man in diesem Gremium die richtigen Lösungen finden kann.

Stadtratsbeschluss

Der Rat erklärt das Postulat mit 36 : 0 Stimmen bei einer Enthaltung als erheblich.

93. Interpellation I 02/2024 betreffend Entfernung von Neophyten im Thuner Wald und in Thuner Gärten

Sonja Graf (SVP) vom 21. März 2024; Beantwortung

Sonja Graf (SVP) ist befriedigt von der Antwort und wünscht keine Diskussion.

94. Fragestunde F 16/2024 betreffend UEFA Women`s EURO 2025

Valentin Borter (SVP), Thomas Bieri (SVP), Mark van Wijk (FDP), Sandro Badertscher (Parteilos) vom 20. August 2024; Beantwortung

Die Fragestunde wird schriftlich beantwortet.

95. Fragestunde F 14/2024 betreffend Steuerraten 2024

Marc Fritschi (Parteilos) vom 9. August 2024; Beantwortung

Die Fragestunde wird schriftlich beantwortet.

96. Fragestunde F 15/2024 betreffend Liegenschaftssteuer

Marc Fritschi (Parteilos) vom 14. August 2024; Beantwortung

Die Fragestunde wird schriftlich beantwortet.

97. Dringliches Postulat P 19/2024 betreffend eine Buslösung Seefeldstrasse

Alice Kropf (SP), SP-Fraktion vom 22. August 2024; Dringlichkeitsbeschluss

Alice Kropf (SP), teilt mit, dass sich die Dringlichkeit aus der Grobterminplanung ergibt, weil im Herbst 2024 die Erarbeitung des Betriebs- und Gestaltungskonzepts an die Hand genommen werden soll.

Der Stadtpräsident teilt mit, dass der Gemeinderat mit der Dringlichkeit einverstanden ist.

Der Rat genehmigt die Dringlichkeit grossmehrheitlich.

Mitteilungen

Der Stadtratspräsident weist darauf hin, dass die Unterlagen zum Budget 2025 aufgeschaltet sind und Anträge künftig vorzeitig eingereicht werden sollen.

Eingänge

- Motion M 02/2024 betreffend die Abschaffung der Einbürgerungskommission; Valentin Borter (SVP) vom 22. August 2024
- Postulat P 19/2024 betreffend eine Buslösung Seefeldstrasse; Alice Kropf (SP), SP-Fraktion vom 22. August 2024
- Postulat P 20/2024 betreffend die Erarbeitung und Umsetzung von Massnahmen gegen den Verkehrslärm; Barbara Lehmann Rickli (FDP), Fraktion FDP/Die Mitte, Alice Kropf (SP) vom 22. August 2024

Der Stadtratspräsident

Philipp Deriaz

Der Stadtratssekretär

Christoph Stalder